

Die afghanische Tragödie

Die Taliban sind wieder da. Was dazu führte und womit Afghanistan, Europa und Österreich rechnen müssen



Nina Brnada

POLITIK, [FALTER 33/21](#) vom 17.08.2021

<https://www.falter.at/zeitung/20210817/die-afghanische-tragoedie>



Montag, 16. August, Kabuler Flughafen: Es sind vor allem Männer hier, aber auch Frauen und Kinder campieren auf dem Flugfeld in der Hoffnung, ausfliegen zu können (Foto: APA/AFP/Wakil Kohsar)

Während das Flugzeug unbeirrt ausrollt, rennt ihm ein gesichtsloser Menschenschwarm hinterher. Manche kleben dran, andere schleudert es zurück. Es hat etwas Voyeuristisches, sich diese Aufnahmen vom Kabuler Flughafen anzusehen. Da rennen gerade Menschen um ihr Leben.

Denn die Taliban sind nach 20 Jahren wieder da. Sie holen sich das Land und rächen sich an ihren Feinden.

Unterdessen kommt eine der größten außenpolitischen Umwälzungen der Welt in Österreich als Abschiedsdebatte an. Die Kanzlerpartei in Wien klammert sich an ihre Parole, weiterhin nach Afghanistan abschieben zu wollen. Vor allem seit dem Mord an der 13-jährigen Leonie W., die von vier Afghanen vergewaltigt und getötet worden war, wähnt sie die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite. Unter dem Eindruck dieses brutalen Verbrechens forderte selbst die Caritas, Abschiebungen nach Afghanistan sollten durchgeführt werden – das ist gerade mal einen guten Monat her, auch da schon waren die Taliban auf dem Vormarsch.

Nun aber sitzt die Welt vor dem Fernseher und sieht, wie sich die Langbärte in den Fauteuils des Präsidentenpalastes von Kabul breitmachen.

Die Taliban haben Afghanistan zurückerobert – 20 Jahre, nachdem sie die Amerikaner von dort davongejagt haben. Wie konnte das geschehen?

Weltweit sind Fachleute verblüfft über die Dynamik, mit der die Taliban Stadt um Stadt und Provinz um Provinz unterwerfen, während die ausländischen Besatzer und Diplomaten panisch zum Kabuler Flughafen fahren und fliehen. Die Streitkräfte der offiziellen afghanischen Armee, oft als unfähige Büttel der Amerikaner betrachtet, haben den Taliban kaum etwas entgegenzuhalten.

Die ethnisch durchmischte Armee und Polizei war teils korrupt, von Fraktionsloyalitäten zerrissen, gegen die die westlichen Ausbilder nichts auszurichten vermochten, unterwandert von den Taliban, sagt **Afghanistan-Experte Thomas Ruttig**. Ihre Existenz als nach Nato-Standard geformte Berufsarmee war Resultat westlicher Militär-Logik, den regionalen Bedingungen nicht angepasst. Denn „in Afghanistan zählen in allererster Linie Stammeszugehörigkeit und Verwandtschaft und weniger Zentralstaat und Nation“, erklärt **Markus Gauster vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** der Landesverteidigungsakademie.

Und unter dem Eindruck des Siegeszugs der Taliban schwanden zudem die letzten Reste der Moral. Militärs der offiziellen Armee, die vom Westen dazu ausgebildet und bezahlt worden waren, um sich den Taliban entgegenzustellen, streiften ihre Uniformen ab, schlüpfen in Zivilkleidung und verschwanden im Dunkel der Nacht. Afghanistan, so scheint es mancherorts, mussten die Taliban erst gar nicht erobern; es war eine tief hängende Frucht, nach der sie einfach nur zu greifen brauchten.

Auf der anderen Seite die Taliban, Paschtunen, ethnisch homogen, „mehr Bewegung als Armee, ein System, das sich selbst trägt, entschlossen, durch Kampf die eigene Ehre wiederherzustellen und sich das Land nach zwanzig Jahren US-Besatzung zurückzuholen,“ sagt Gauster. Quasi nach einer Redewendung, die ihnen zugeschrieben wird: „Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit“.

Wie viel Rückhalt haben die Taliban in der Bevölkerung?

Das Regime von Washingtons Gnaden war vielen Afghanen verhasst, unter ihm florierte die Korruption. „In Kabul ist jede Verkehrsinsel verkauft“ sagt **Afghanistan-Kenner und Journalist Ulrich Ladurner**. Die Taliban würden vielleicht keine freien Wahlen gewinnen, aber vielen Afghanen seien sie lieber als das korrupte Regime, das Washington installiert hatte. Wer nur zwischen „Korruption, Anarchie und Tyrannei entscheiden kann – der wählt die Tyrannei“. Und die Taliban waren zwar Tyrannen – „aber wenigstens wusste man bei ihnen, woran man war“.

Wer sind die Taliban überhaupt?

Wer verstehen will, wer die Taliban sind, der muss sich deren Entstehungsgeschichte vergegenwärtigen. Gehen wir dafür zunächst in die Zeit des Kalten Krieges zurück: Um den USA zuvorzukommen, besetzt die Rote Armee im Jahr 1979 Afghanistan. Als Widerstand dagegen vereinen sich die unterschiedlichen Gruppen und Stämme Afghanistans (mehrheitlich sunnitische Muslime) zu Mudschaheddin, also einer islamistischen Guerilla-Kampftruppe.

Zudem strömten ausländische islamistische Kämpfer ins Land, vor allem Araber. „Es ist damals der Beginn eines neuen Zeitalters des dschihadistischen Kampfes, mit dem wir es auch heute zu tun haben“, sagt Guido Steinberg von der Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik.

Zu dieser Zeit existieren die Taliban noch nicht. Sie entstehen erst, nachdem die Sowjets gedemütigt abziehen und die Mudschaheddin entlang von Stammeslinien untereinander zu kämpfen

beginnen. Grob lässt sich sagen, dass sich danach zwei Blöcke gegenüberstanden: die Gruppe der Tadschiken auf der einen Seite und auf der anderen die der Paschtunen – aus Letzteren sollten die Taliban hervorgehen, das war Anfang der Neunzigerjahre. Und zwar mit Hilfe Pakistans.

Was hat Pakistan damit zu tun?

Sehr viel. Pakistan ist quasi der Geburtshelfer der Taliban. Auch die aktuelle Entwicklung wäre ohne Pakistan nicht möglich gewesen.

Zwischen den beiden Ländern gibt es viele Verbindungen. Die Paschtunen, die die Mehrheit der Taliban ausmachen, siedeln in Afghanistan und in Pakistan, in Afghanistan sind sie die größte, in Pakistan zweitgrößte Gruppe. Afghanistan ist wichtig für Pakistan – auch als Hinterland im Angesicht des Erzfeindes Indien. Deshalb ist es für Islamabad wichtig, dass deren Leute in Kabul an der Macht sind.

In den Achtzigerjahren waren viele afghanische Paschtunen nach Pakistan geflohen. Dort fing sie ein Netz islamischer Religionsschulen auf, die zu Kadern der Taliban werden sollten und zum Reservoir des pakistanischen Geheimdienstes, der die Taliban schuf. Auch ihr Name leitet sich davon ab, „Taliban“ bedeutet „Schüler“.

Der Anführer der Taliban war damals der berühmte Mullah Omar – ein mysteriöser Mann, dem nach dem Kampf mit den Sowjets nur noch ein Auge geblieben war und von dem nur eine Handvoll Bilder existiert. Im Jahr 2015 hieß es, er sei zwei Jahre zuvor im Untergrund an einer Krankheit verstorben. Im Jahr 1996 aber war er noch Staatsoberhaupt des von den Taliban proklamierten Islamischen Emirats Afghanistan, bis es 2001 von den USA zerstört worden war. Genau dieses Emirat feiert nun seine Auferstehung.

Wer ist schuld am Sieg der Taliban – die Amerikaner oder die Afghanen selbst?

„Man kann kein Land von außen retten, auch eine Weltmacht kann das nicht“, sagt Ulrich Ladurner. Andererseits ist Afghanistan aber seit 43 Jahren im Krieg. Das Land wird schon demokratiefähig sein, „aber dafür muss erst einmal Frieden herrschen“.

Die Amerikaner selbst haben dazu jedenfalls verhältnismäßig wenig beigetragen. Auch sie sind im Afghanistan im historischen Ausmaß gescheitert: Der Afghanistan-Krieg ist der längste Krieg der US-Geschichte. Phasenweise waren dort über 130.000 US-Soldaten stationiert, er kostete mehr als 2300 von ihnen das Leben, Tausende wurden verwundet, mehr als 100.000 Afghanen verloren ihr Leben. Für den Aufbau Afghanistans verpulverten die USA über 3,2 Billionen Dollar, mehr Geld als für den Marshallplan, mit dessen Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg halb Europa wiederaufgebaut worden war.

Wie konnte Afghanistan zu einem derart desaströsen Fall für die USA werden?

Die Amerikaner hatten keine Ahnung, was sie taten. Das ging sogar so weit, dass sie nicht einmal wussten, gegen wen sie kämpften.

Bei aller angebrachten Amerika-Kritik, aber ist dieser Befund nicht total übertrieben?

Davon zeugen etwa Enthüllungen der Washington Post aus dem Jahr 2019, die über 400 Gesprächsprotokolle ausgewertet hatte, die die US-Regierungsagentur für den Wiederaufbau Afghanistans (Sigar) mit teils ranghohen Militärs geführt hatte, die unmittelbar am Afghanistan-Krieg beteiligt waren. Die Interviews sollten helfen zu verstehen, was im Afghanistan-Krieg schiefgelaufen war. Fazit: Die Amerikaner hatten weder Wissen noch Strategie.

Da war etwa zu lesen, was beispielsweise **General Douglas Lute** von der US-Strategie in Afghanistan hielt. Lute war kein kleiner Fußsoldat, US-Medien nannten ihn „Kriegszar“. Unter den beiden Präsidenten George W. Bush und Barack Obama war er der Mann für den Afghanistan-Krieg. Und selbst dieser **Zampano** klagte über einen „fundamentalen Mangel an Wissen“. Genauso wie der General und **Kommandeur der Streitkräfte Daniel McNeill**. Er habe nach jemandem gesucht, sagte McNeill, der ihm erklären könne, was es denn bedeuten würde, in Afghanistan zu siegen – er habe niemanden gefunden, der dazu imstande war.

Was ist da so kompliziert? Man hört immer wieder von den afghanischen Stammesstrukturen, was hat es damit auf sich?

In Afghanistan gilt nicht: ein Land, eine Sprache, ein Volk. Es gilt nicht einmal: ein Volk, eine Sprache oder gar Religion.

Man kann über Afghanistan sagen, dass da die Gruppen der Paschtunen, Tadschiken, Hazara, Belutschen, Usbeken, Turkmenen, Nuristani und viele andere Gruppen leben, dass die Paschtunen die größte sind; dass sich aus ihnen die Taliban mehrheitlich rekrutieren und Paschtunen nach dem Pashtunwali leben, einem ungeschriebenen Kodex, der seit grauer Vorzeit das Dasein dieser Mehrheitsgruppe in sämtlichen Belangen regelt; dass die meisten Einwohner Afghanistans sunnitische Muslime sind; dass territoriale Abstammung, Religion oder Sprache weniger gelten als Verwandtschaft; dass die Bande der Abstammung ein kaum zu durchschauendes Dickicht der Loyalität weben. Aber hat man dann Afghanistan verstanden?

In einem Aufsatz zitiert der Wiener Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker diesbezüglich den Ex-US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Es gibt Dinge, von denen wir nicht wissen, dass wir sie nicht wissen.“

Aber die USA wussten doch, warum sie nach Afghanistan gingen, oder nicht? Das war doch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und es ging um den Krieg gegen den Terror?

Zwar sind auch die Taliban brutale Islamisten, sie stechen ihren Feinden zuweilen die Augen aus, häuten sie bei lebendigem Leib oder gehen ins Spital zur Geburtsstation und erschießen dort Wöchnerinnen und Säuglinge. Mit den Anschlägen von 9/11 hatten die Taliban aber nichts zu tun. Sie haben diese sogar noch hochoffiziell verurteilt.

Die Taliban interessieren sich auch nicht für den weltweiten Dschihad. Die Taliban interessiert nur ihr Afghanistan.

Trotzdem marschierten die Amerikaner 2001 in Afghanistan ein und stürzten sie. Der Grund dafür war „ein altes Denken aus dem Kalten Krieg“, sagt **Daniela PISOIU, Sicherheitsexpertin vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP)**, „dass Staaten die relevanten Akteure der internationalen Politik sind“. Tatsächlich standen hinter den Anschlägen nicht die Taliban, sondern die internationale dschihadistische Organisation Al Qaida, mit Osama bin Laden an der Spitze, deren Zufluchtsort Afghanistan war.

Warum wurden die Taliban dann nicht verschont?

Weil sie Osama bin Laden nicht ausliefern wollten. Dazu muss man wissen: Die Al Qaida war aus den meist arabisch-islamistischen Veteranen hervorgegangen, die während der sowjetischen Besatzung (1979 bis 1989) nach Afghanistan gekommen waren, um mit den dortigen Mudschaheddin die Kommunisten zu bekämpfen.

Außerdem war Osama bin Laden als früherer Verbündeter gegen die Sowjets ein Gast der Taliban. Und das Prinzip der Gastfreundschaft ist in der afghanischen Gesellschaft tief verwurzelt. „Der Rat

der Geistlichen bei den Taliban hatte sich sogar für bin Ladens Auslieferung ausgesprochen“, sagt Ruttig. Aber **Mullah Omar, der Anführer der Taliban**, folgte dem nicht. „Es war Mullah Omars persönliche Entscheidung.“

Nach ihrem Einmarsch brachten die US-Truppen die Al Qaida ziemlich schnell unter Kontrolle, Osama bin Laden machte sich über die Berge nach Pakistan und nebenbei erledigten die USA auch die Taliban. Welche Ziele die Amerikaner danach verfolgten, warum sie 20 Jahre geblieben waren, das war ihnen selbst nicht klar.

Warum haben die USA Afghanistan nicht schon früher verlassen?

Sie wollten ja, aber sie schlitterten immer weiter hinein. „Mit der Vertreibung der Al Qaida war ihr Kriegsziel, der Kampf gegen den Terror, ja erreicht“, sagt Ulrich Ladurner. Vor 16 Jahren schon hätten sie gehen müssen. Was danach geschah, hätte kaum geholfen. „Es waren auch die Europäer, die stark auf Nation Building gedrängt haben.“

Donald Trump machte im Februar 2020 schließlich einen Schnitt. Die USA vereinbarten mit den Taliban einen Abzug der Truppen. Dafür garantierten die Taliban, dafür zu sorgen, dass für die USA aus Afghanistan keine Terrorgefahr drohe.

Donald Trumps Berater warnten ihn zwar wegen der Sicherheitslage, aber Trump wollte es so. Genauso wie Joe Biden, sein Nachfolger im Präsidentenamt. Auch er wird gewarnt, sogar von seinem eigenen Verteidigungsminister Austin Lloyd. Die Sache würde an den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak erinnern, auf den der Aufstieg des Islamischen Staats folgte. Biden aber zieht durch, was Trump angefangen hat.

Es war die richtige Entscheidung, zu gehen, sagt Ladurner. „Jetzt hat Biden endlich den Stecker gezogen.“

Was bedeutet das jetzt – wird Afghanistan das neue selbsterklärte Kalifat, wie es vor einigen Jahren in Syrien und Irak vom IS proklamiert wurde? Afghanistan, der neue sichere Hafen für internationalen Terror?

„Grundsätzlich ist die Machtergreifung der Taliban für Islamisten auf der gesamten Welt inspirierend“, sagt Guido Steinberg. Es könnte auch ein Anziehungspunkt für eine neue Generation dschihadistischer Kämpfer werden; auch der Attentäter von Wien, Kujtim F., wollte im Jahr 2018 schon nach Afghanistan ausreisen, denn auch dort operiert ein Ableger des IS. Aber dieser ist mit den Taliban verfeindet.

Wie jetzt – Taliban und IS bekämpfen einander?

An den Rändern dieser Gruppen gibt es zwar Verbindungen und Verzweigungen. Die Mainstream-Taliban interessiert im Grunde aber vorerst ihr Emirat Afghanistan und nicht so wie die Dschihadisten des IS ein weltumspannendes Kalifat. Außerdem: Sie wollen nicht, dass ihnen wegen Terroranschlägen am anderen Ende der Welt der Westen wieder auf der Matte steht.

Dasselbe gilt für China – die wollen sich besonders gut stellen mit den Taliban. Hochrangige Taliban wurden bereits Wochen vor der Machtübergabe in Kabul vom chinesischen Außenminister empfangen. „Wie die Amerikaner wollen auch sie sichergehen, dass für die Chinesen keine Terrorbedrohung ausgeht“, sagt Markus Gauster. Schließlich haben sie mit Afghanistan eine gemeinsame Grenze von 70 Kilometern und mit den Uiguren eine eigenen rebellische muslimische Minderheit, die unter Kontrolle gehalten werden muss.

Was jedoch nicht heißt, dass die Taliban mit internationalen Terrororganisationen keine Allianzen pflegen. Das Bündnis zwischen Taliban und Al Quaida sei intakt. Die Al Quaida trainiert die Taliban, sie bildet sie in Terrortaktiken aus, die Anschläge verüben sie allerdings nur im Inland, sagt Guido Steinberg.

Was bedeutet das nun für Europa – soll sich Europa auch mit ihnen arrangieren? Soll man dorthin abschieben dürfen?

„Künstler, Aktivistinnen, Frauenrechtlerinnen, Hilfskräfte: Die wichtigste Frage ist jetzt wie man diese Menschen vor den Taliban schützen kann“, sagt **Gerald Knaus von der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI)**, Experte für Migration und Urheber des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens infolge der Flüchtlingskrise 2015.

Österreich stünde mit seinem Beharren auf Abschiebungen international isoliert da. In den USA, in Großbritannien, auch in Deutschland sprechen Politiker davon wie man es noch schaffen könnte jene Afghanen außer Landes zu bringen, denen von den Taliban Gefahr droht. Kanada versprach soeben ein Kontingent von 20.000. Jedenfalls wird es auf lange Zeit keine Abschiebungen geben können, die mit EU-Recht irgendwie vereinbar wären. „Trotzdem darauf zu insistieren ist realitätsfern und zynisch“, sagt Knaus. „Die Botschaft ist wie bei Orbán 2015: Zieht weiter in ein anderes EU-Land.“

Eine Flüchtlingskrise wie im Jahr 2015 hält Knaus für vollkommen unrealistisch. „2015 waren alle Grenzen zwischen Syrien und der EU offen. Es ist fraglich, ob die Taliban überhaupt Menschen herauslassen.“

Afghanistans Tragödie. Der Fotograf und Afghanistan-Kenner Steve McCurry im Gespräch mit Raimund Löw und Tessa Szyszkowitz im [Falter Radio](#)
Jetzt online

Dazu auch der Kommentar von Eva Konzett

Statt Flucht aus Kabul Wiener Ausflüchte

In der Frage nach der Abschiebung von Afghanen tut die Regierung, als hinge das Wohl Österreichs davon ab. Warum eigentlich?



EVA KONZETT

Falter & Meinung, [FALTER 33/21](#) vom 18.08.2021

Eilig hat die Bundesregierung zu Wochenbeginn zu einer Pressekonferenz ins Kanzleramt gerufen. Der Innenminister ist da, der Außenminister ebenso, natürlich der Bundeskanzler. Wegen der Dringlichkeit ist auch der Bundespräsident die paar Schritte von der Hofburg herübergekommen.

"Aufgrund der dramatischen Lage in Afghanistan und der blitzartigen Machtübernahme der islamistischen Taliban setzen wir die Abschiebungen von abgelehnten Asylwerbern nach

Afghanistan aus", sagt der Innenminister. Diese hätten in den vergangenen Monaten ohnehin nicht mehr stattgefunden. Wichtigeres sei nun zu tun, als weiterhin das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg zu ignorieren, der Anfang August schon wegen der Bedrohung vor Ort eine Abschiebung nach Kabul gestoppt hatte. Wichtigeres, als ein Thema aufzublasen, das ohnehin kein wirkliches sei, gemessen an den Zahlen von 2020, als man gerade einmal 49 Afghanen* außer Land schaffte. Er werde beim außerordentlichen Treffen der EU-Außenminister Österreichs Hilfe sowie die Aufnahme von ein paar tausend Flüchtlingen anbieten, erklärt der Außenminister. Und der Bundeskanzler, staatsmännisch mit dunkler Krawatte, sagt ein paar getragene Worte zum Leid der Zivilbevölkerung in Afghanistan.

Nicht im Alltäglichen, in der Ausnahmesituation zeigt sich die Qualität von Politikern. Nicht beim Durchschneiden roter Kordeln, sondern im Krisenstab. Die oben beschriebene Szene hat indes nicht stattgefunden, sie ist fiktiv. Zu Afghanistan hat die Regierung sich bisher anders geäußert.

Als die Taliban Provinz um Provinz eroberten, erklärte Innenminister Karl Nehammer, einen Abschiebestopp werde es mit ihm nicht geben.

Als die Taliban in den Vororten Kabuls schon von Wohnung zu Wohnung gingen, Listen anlegten, nach unverheirateten Frauen und Burschen im kampffähigen Alter fragten, als Menschen am Sonntag auf dem Kabuler Flughafen in die Maschinen drängten, die von Jagdfliegern begleitet in die Luft abhoben, meinte er, Österreich arbeite mit den afghanischen Behörden an einem Abschiebecharterflug.

Als die Menschen sich am Montag an den Fahrgestellschächten von US-amerikanischen Militärflugzeugen festhielten, sprach Nehammer von alternativen Ausreisezentren in den Nachbarstaaten.

Als Afghanistan zusammenbrach, hätte man also glauben können, Wohl und Wehe der österreichischen Republik hinge von weniger als 20 Afghanen in Schubhaft ab.

Und es stellt sich dann doch eine Frage: Wie weit kann sich eine Partei von der Wirklichkeit abkoppeln, um die Umfragewerte in der neuen Kernklientel zu halten? Bei jenen schätzungsweise 300.000 abtrünnigen Freiheitlichen, die unter dem neokonservativen Dach eine neue Heimat gefunden haben? Es zeigt sich leider: sehr weit.

Anstatt mit den EU-Innenministern am Mittwoch beim Sonderministerrat (eigentlich angesetzt wegen der belarussischen Provokationen an der Grenze zum Baltikum) über Flüchtlingskontingente, Soforthilfe und Luftbrücken zu diskutieren, will der Innenminister Ausreisezentren in den afghanischen Anrainerstaaten vorschlagen. Als wäre der österreichische Abschiebezinnober eine europäische Angelegenheit.

Anstatt sofort ein Kontingent an besonders schutzbedürftigen Afghanen, an Frauen, Journalisten, an NGO-Mitarbeiterinnen ausfliegen zu lassen, damit diese sich eben nicht in die Hände von Schleppern begeben müssen, vertröstet man alle auf eine virtuelle Konferenz mit Afghanistans Nachbarstaaten irgendwann Ende August. Somit folgt die Flucht wieder der Logik der Ökonomie: Nur wer es sich leisten kann, sein bisheriges Leben zu verpfänden, bekommt die Chance auf ein neues.

Anstatt die Frau als sichere Quelle ernst zu nehmen, demütigte Außenminister Alexander Schallenberg am 6. August die afghanische Botschafterin in Österreich, Manizha Bakhtari, indem er sie protokollarisch einbestellte. Weil die Frau gesagt hatte, was in Afghanistan Sache ist: In den von Taliban eroberten Gebieten würden Hände abgeschlagen, Frauen gesteinigt, Männer geköpft. Und: "Das Leben der Abgeschobenen steht auf dem Spiel."

Jedes Mal, wenn die Türkisen an die Realität anstreiften, stießen sie diese von sich weg.

Doch dann war da noch der 9. August. An diesem Tag entschied das Bundesverwaltungsgericht in Wien die Sache eines afghanischen Schubhäftlings. Seit 4. August sei die Anhaltung des Mannes rechtswidrig gewesen, so der Richter, da die "Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Schubhaft nicht vorliegen". Schließlich habe sich die Lage in den letzten beiden bis dato als sicher geltenden Städten Herat und Masar-e Scharif durch den Sturm der Taliban dramatisch verschlechtert. Sprich: Ein österreichisches Gericht verbietet rückwirkend aufgrund der lebensgefährlichen Situation die Abschiebung nach Afghanistan, es holt die ÖVP aus dem postfaktischen Raum auf den Boden der Realität zurück.

Dem Minister dürfte das geläufig sein. Die schlechte Nachricht: Gekümmert hat es nicht.

**alle im Text genannten Zahlen zu Abschiebungen und Schubhaft stammen aus parlamentarischen Anfragen oder Schätzungen von NGOs. Das Innenministerium veröffentlicht diese Zahlen auf Anfrage nicht*